

## **„Es ist 5 vor 12“: Beschäftigte kämpfen in Düsseldorf für zehntausende Arbeitsplätze**

- ➔ **Öffentliche Betriebsversammlung am Mittwoch vor dem Landtag**
- ➔ **BMWi-Vorschlag gefährdet die Existenz vieler Unternehmen und zigtausender Arbeitsplätze im Land**

„Es ist 5 vor 12: Für sichere Arbeitsplätze in NRW – für unsere Kohle.“ Unter dieser Überschrift laden die Arbeitnehmervertreter deshalb am Mittwoch, 25. März, zu einer öffentlichen Betriebsversammlung nach Düsseldorf. „Wir werden in der Landeshauptstadt deutlich zeigen, was wir vom so genannten Klimabeitrag des Bundeswirtschaftsministeriums halten, der in Wirklichkeit ein Abschaltprogramm ist: nämlich gar nichts!“, macht Dieter Faust, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der RWE Power, deutlich.

Faust weiter: „Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie uns die Existenz geraubt wird. Im Gegenteil: Wir werden mit allen Mitteln kämpfen: Für die Kohle, für sichere Arbeitsplätze und damit für das Energieland Nordrhein-Westfalen!“ Mit Empörung, aber auch mit großem Kampfeswillen reagieren die RWE Betriebsräte gemeinsam mit den Gewerkschaften IG BCE und ver.di auf die BMWi-Pläne, Klimaschutz einseitig auf dem Rücken der Arbeitnehmer zu betreiben.

„An der Kohle hängen allein in Nordrhein-Westfalen zigtausende qualifizierte und gut bezahlte Arbeitsplätze. Bei RWE, bei Auftragnehmern und bei stromintensiven Unternehmen. Mit den Plänen würden Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft ohne Sinn und Verstand zerstört. Zudem gingen Steuereinnahmen, die das Land dringend benötigt, unwiederbringlich verloren. Wir fordern darum nicht nur unsere Kolleginnen und Kollegen, sondern auch die in anderen betroffenen Unternehmen auf: Kommt nach Düsseldorf und kämpft mit uns für eine sichere Stromversorgung und damit auch für Eure Arbeitsplätze.“

Weshalb die Arbeitnehmervertreter so empört sind, zeigt ein Blick auf die gravierenden negativen Auswirkungen, die die BMWi-Pläne haben würden:

- Der „Klimabeitrag“ würde zu Stilllegungen in Deutschland führen, aber die CO<sub>2</sub>-Menge im EU-Emissionshandel bliebe unverändert. Emissionen würden ins Ausland verlagert. Fazit: Null Wirkung für den Klimaschutz – Riesennachteile für deutsche Kraftwerke.
- Willkürlich werden vor allem Braunkohlekraftwerke deutlich schlechter gestellt, indem Deutschland eigene Kraftwerke, die älter als 20 Jahre sind, mit bis zu 20 Euro je Tonne CO<sub>2</sub> zusätzlich belastet. Fazit: Ausländische Kraftwerke profitieren, denn sie zahlen die Strafe nicht.

- Die Auswirkungen auf den Strompreis sind deutlich höher als vom BMWi behauptet. Der Großhandelspreis würde um mindestens 5 Euro je MWh steigen. Mit dem Effekt aus dem Kernenergieausstieg steigt der Strompreis so um mindestens 30 Prozent gegenüber heute. Fazit: Besonders für energieintensive Industrien entstehen Wettbewerbsnachteile mit immensen Folgen für die Arbeitsplätze.

Für die Arbeitnehmervertreter steht außer Frage, dass der Stromsektor wie alle anderen Bereiche zum Klimaschutz beitragen muss. Milliardeninvestitionen in neue Kraftwerke und die Flexibilisierung bestehender Anlagen sind Belege dafür, was in der Vergangenheit schon erreicht wurde. Dieter Faust: „Auch künftig wollen wir weiter zum Klimaschutz und zum Gelingen der Energiewende beitragen. Aber Energiewende heißt für uns: Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit. Wer so einseitig auf den Klimaschutz setzen will wie das BMWi, der riskiert nicht nur leichtfertig Tausende Jobs und Strukturbrüche, sondern auch eine sichere und bezahlbare Stromversorgung.“

Dieter Faust: „Am Mittwoch heißt es darum: Flagge zeigen! Wir wollen den Kahlschlag gegen die Kohle verhindern und zehntausende Arbeitsplätze in der Braunkohle und in der energieintensiven Industrie sichern.“